

FDP

Die Liberalen

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 170 / 2014

Kiel, Mittwoch, 9. April 2014

Hochschule / Lehrerbildung

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Die Ministerin hat mit ihrem dilettantischen Vorgehen einen Keil zwischen die beiden betroffenen Universitäten getrieben

In seiner Rede zu TOP 9 (Lehrerbildungsgesetz) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die Opposition hat die Landesregierung vor einer Woche aufgefordert, diesen Murks zurückzuziehen, um einen Neustart bei der sehr wichtigen Frage der Lehrerausbildung zu ermöglichen. Es ist sehr bedauerlich, dass die Landesregierung diese Chance nicht ergriffen hat. Manchmal ist ein ‚Ende mit Schrecken‘ – trotz des drohenden Gesichtsverlustes – eben besser als ein ‚Schrecken ohne Ende‘. Herr Ministerpräsident, Frau Ministerin, Sie hätten damit vor allem den beiden Universitäten in Kiel und Flensburg, den angehenden Studenten und den Schulen im Land – aber auch sich selbst und Ihrer Regierung – einen großen Gefallen getan.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist aus unserer Sicht so gar nicht beratungsfähig: Die Finanzierung ist völlig unklar und das notwendige Vertrauen bei den Akteuren zerstört. Die Ministerin hat den – mit beiden Universitäten – schwer errungenen Kompromiss kurzerhand einseitig aufgekündigt. Sie hat damit sehr viel Porzellan zerschlagen und steht nun vor einem gewaltigen Scherbenhaufen. Wer nach anderthalb Jahren feststellt, dass er mit seinem Modell auf dem Holzweg ist und dann kurzfristig – ohne Rücksprache mit den Betroffenen – massive Änderungen vornimmt und dies dann auch noch im Umlaufverfahren beschließen lässt, der hat den falschen Job!

Natürlich ist eine Reform der Lehrerausbildung in Schleswig-Holstein notwendig, sie ist eigentlich sogar lange überfällig. Die Große Koalition hatte bei ihrer umfangreichen Schulstrukturreform den zweiten

Schritt vor dem ersten gemacht – also die Schulstrukturen verändert, ohne vorher (oder nachher) die Lehrerausbildung entsprechend anzupassen. Auch die schwarz-gelbe Landesregierung konnte in ihrer kurzen Regierungszeit keine Reform umsetzen. Der entscheidende Streitpunkt – die Union wollte gern die Umstellung auf das Bachelor/Master-System – ist auch heute wieder ein Problem: Nämlich die Auswirkungen dieses Vorhabens auf die zukünftige Besoldungsstruktur, die das Land finanziell erst einmal stemmen muss. Da geht es schnell um höhere zweistellige Millionenbeträge pro Jahr.

Die Frage der aus dieser Reform folgenden Besoldungsstruktur ist für diesen Gesetzentwurf von elementarer Bedeutung: Dass die Landesregierung diesen mehr als fragwürdigen Entwurf nun im Schweinsgalopp durch das Parlament bringen und erst danach – Ende des Jahres – mit den Gewerkschaften über die zukünftige Besoldung sprechen will, ist völlig irre. Was ist das für merkwürdiges Verständnis von Dialog? Was ist das für ein merkwürdiges Parlamentsverständnis? Die Gewerkschaften fordern angesichts des vorgeschlagenen Modells nun natürlich ‚A13 für alle‘ – das können Sie bei dem Gesetzgebungsverfahren doch nicht einfach ausblenden!

Nicht nur mit Blick auf die Besoldungsfrage ist das Kernproblem Ihres Entwurfs die rein ideologisch motivierte Abschaffung des Gymnasiallehrers. Sie wollen die Lehrerausbildung ja gar nicht an die aktuellen Schulstrukturen anpassen, Sie wollen Fakten schaffen und stellen mit Ihrem Entwurf ohne jede Not das Gymnasium als Schulform infrage. Diese Debatte ist völlig unnötig, Sie heizen sie nun ohne jede Not wieder an und geben dabei die Unschuld vom Lande. Das glaubt Ihnen doch kein Mensch!

Die Ministerin hat mit ihrem dilettantischen Vorgehen und ihrem eigenwilligen Kommunikationsstil einen Keil zwischen die beiden betroffenen Universitäten getrieben. Ich kann die Flensburger Uni ja irgendwie verstehen: 13 Fächer auf Oberstufenniveau sind besser als sieben. Der Ausbau der Naturwissenschaften ist natürlich reizvoll für die Universität. Das ändert aber alles nichts daran, dass es völlig verrückt und komplett aus der Zeit gefallen ist, dass für mehrere Millionen Euro in unserem kleinen Bundesland völlig unnötige Doppelstrukturen für die Lehrerausbildung geschaffen werden sollen. Das gefährdet die Hochschullandschaft, die doch eh schon unterfinanziert ist. Es geht hier ja nicht um sinnvollen Wettbewerb, sondern um Verschwendung von Steuergeldern. Hinzu kommt: Die Ministerin hat dem Hohen Hause auch hierzu noch immer keine nachvollziehbaren Zahlen vorgelegt.

Ich kann aber auch die Kieler Universität verstehen: Dass eine Wissenschaftsministerin – die dazu auch noch eine ehemalige Kollegin ist – mit dem Präsidium der größten Universität im Lande so umspringt, wie es Frau Wende in den letzten Tagen getan hat, ist wirklich unglaublich! Wir kannten es ja bereits, dass prominente Mitglieder dieser Landesregierung eigene SMS veröffentlichen. Dass nun aber auch SMS von anderen veröffentlicht werden, um von sich abzu-

lenken, ist ein neuer Tiefpunkt. Es ist wirklich erschreckend, wenn Frau Wende auch meint, sie müsse die Kieler Uni nicht fragen, wenn sie das gemeinsame Konzept verwirft und die Lehrerausbildung in Flensburg umfangreich ausweiten will. Natürlich hat ein solcher Schritt Auswirkungen auf Kiel. Ich wundere mich doch sehr, dass der Ministerpräsident und die Finanzministerin diesen Wahnsinn auch noch unterstützen!

Problematisch ist auch die Tatsache, dass die Anerkennung der geplanten Abschlüsse durch andere Bundesländer mehr als fraglich ist. Das ist eine Zumutung für die angehenden Studenten! Hinzu kommen das umstrittene Praxissemester und die fragwürdige Reform im sonderpädagogischen Bereich.

Uns fehlt bei dem vorgelegten Murks und nach dem Chaos der letzten Tage die Phantasie, wie die Ministerin dies noch kitten will. Sie scheint mit der Situation völlig überfordert zu sein, und sollte deshalb die notwendigen Konsequenzen ziehen. Ansonsten ist der Ministerpräsident gefragt. Vor diesem Hintergrund halten wir auch unseren Antrag aufrecht, in dem wir die Landesregierung auffordern, diesen untauglichen Entwurf zurückzuziehen und einen Neustart bei der Reform der Lehrerausbildung zu wagen, wo dann alle Akteure an einen Tisch müssen.“